

## **Beschluss des Landrats vom 27.06.2024**

Nr. 661

### **30. Initiativen: mit Finanzierungsvorschlägen** 2024/171; Protokoll: ps

**Rolf Blatter** (FDP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

**Rolf Blatter** (FDP) dankt für die Beantwortung der Interpellation und ist nur teilweise befriedigt von der Antwort. Der Regierungsrat sagt, er unterstütze das Anliegen im Kern, dass auch ein Vorschlag für die Finanzierung neuer Ausgaben mitgeliefert werden solle, wenn eine Initiative neue und zusätzliche Ausgaben verlange. Jedoch ist der Regierungsrat gegen eine Anpassung des entsprechenden Gesetzes. Jede Familie, Firma oder Organisation überlegt sich bei einem Kauf oder einer Anschaffung, ob sie es sich leisten kann. Erst dann wird beschlossen, ob gekauft wird oder nicht. Heute Morgen wurde lange über den Jahresbericht des Kantons diskutiert. Im Vorwort des Regierungsrats geht es nur um das Geld – darin sind nur finanzielle Aussagen enthalten. Das erste Kapitel des Berichts enthält eine finanzielle Würdigung. Der Regierungsrat macht sich zum Glück sehr viele Gedanken darüber, wie die beschlossenen Ausgaben finanziert werden sollen. Schlägt eine Initiative neue, widerkehrende Ausgaben vor, soll bitte ein Vorschlag beigelegt werden, wie die Ausgaben finanziert werden sollen. Der Regierungsrat hat viele politische Bedenken, die es gibt, aber nur deswegen eine eigentlich richtige Stossrichtung nicht weiterzuverfolgen, findet der Redner schlecht. Er behält sich vor, einen weiteren Vorstoss zur Anpassung des Gesetzes einzureichen.

**Marco Agostini** (Grüne) fragt sich, wie diese Begründung sein müsse. Reicht es aus, wenn er sagt, er wolle beim Militär kürzen? Oder jemand sagt, es müsse unbedingt eine Strasse gebaut und dafür sollen Sozialleistungen reduziert werden. Ist das die Lösung? Das geht nicht. Die Bürgerinnen und Bürger sollten eine Initiative einreichen können, ohne die Folgen zu beachten. Es ist Sache der Politik, wie sie diese umsetzt und wie diese finanziert werden kann. Welche Begründungen sollen zugelassen werden und welche nicht? Das ist unmöglich.

**Simone Abt** (SP) hält fest, es könne nicht Aufgabe eines Milizparlaments sein – bzw. des Mitglieds eines solchen –, Vorstösse mit einem Preisschild zu versehen, das «verhebt». Das liegt nicht in der Kompetenz der meisten Landratsmitglieder. Ist es nicht eher ihre Aufgabe, Themen auf den Tisch zu bringen, damit darüber verhandelt wird und gegebenenfalls daraus eine Vorlage entsteht? Für die Umsetzung ist das Parlament auf die Hilfe der Exekutive angewiesen. Es sollte nicht versucht werden, bis ins Detail auszudenken, wie etwas finanziert werden kann. Bei Initiativen ist es ohnehin schon schwierig, die Einheit der Materie zu wahren und eine Initiative so zu formulieren, dass man sie brauchen kann. Es ist besser, mit der Idee an die Öffentlichkeit zu gehen anstatt mit der Lösung; Letzteres soll von professionellen Menschen übernommen werden.

**Sabine Bucher** (GLP) unterstützt Rolf Blatter. Wenn es um einen massgeblichen Betrag geht, muss dargelegt werden, wie die Finanzierung geplant ist. Ansonsten ergibt sich dasselbe wie mit der 13. AHV-Rente: Im Abstimmungskampf wurde eine Finanzierung dargelegt, die der Idee der Gewerkschaften widerspricht, und der Stimmbürger wurde hinters Licht geführt. Die Rednerin wird einen entsprechenden Vorstoss unterstützen.

://: Die Interpellation ist erledigt.

